

Rolf Clement

## *Die Teilnahme der Bundeswehr am internationalen Militäreinsatz im Kosovo und in Jugoslawien*

Als am Abend des 24. März 1999 vom italienischen NATO-Stützpunkt Piacenza aus Flugzeuge aufstiegen, um die von der Atlantischen Allianz über Wochen angedrohten Luftangriffe auf Ziele in Jugoslawien aufzunehmen, waren erstmals bei einer derartigen Mission auch deutsche Kampfflugzeuge dabei: Vier Tornados der Bundesluftwaffe waren mit aufgestiegen, live übertragen von einer privaten TV-Anstalt in die Wohnstuben der Bundesbürger, die im tiefsten Frieden gerade beim Abendessen saßen. War den Deutschen bewußt, daß deutsche Soldaten erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg wieder in einer kriegerischen Auseinandersetzung standen?

### **Die Aufgaben der Luftwaffe während der Luftoperationen der NATO**

Die vier Tornados, die diesen ersten Angriff auf Jugoslawien mitflogen, hatten eine der heikelsten Aufgaben: Die sogenannten ECR-Tornados hatten den Auftrag, das gegnerische Flugabwehrradar zu erkennen und zu bekämpfen. Danach sollten die Kampfflugzeuge - vor allem der USA - die Ziele bekämpfen, die zum Erreichen des Kriegsziels ausgewählt worden waren. Die deutsche Luftwaffe mußte also die ersten Hindernisse aus dem Weg räumen, damit die folgenden Kampfstaffeln möglichst gefahrlos ihre Aufgabe wahrnehmen konnten. Da die serbische Luftabwehr bis zum Ende des Krieges nicht ganz und zuverlässig ausgeschaltet werden konnte, blieb diese Aufgabe während der gesamten Einsatzzeit erhalten.

Bei ihrem ersten Einsatz in einer internationalen Militärmission stand die Luftwaffe somit im Zentrum der Auseinandersetzung. Sie hatte zwar nicht den Auftrag, bestimmte militärische Einrichtungen in der Bundesrepublik Jugoslawien direkt zu bombardieren - was im Bewußtsein der Bevölkerung den Einsatz vielleicht etwas „harmloser“ erscheinen ließ und damit die Zustimmung erleichterte. Aber der Einsatz war mit entscheidend dafür, daß die NATO bei dieser Luftoperation wenig Verluste hinnehmen mußte. Die Technik der ECR-Tornados war so wirkungsvoll, die Ausbildung der deutschen Piloten so gut, daß Luftstaffeln der US-Luftwaffe sie ausdrücklich anforderten, wenn sie ins Krisengebiet flogen.

Zehn dieser ECR-Tornados waren in Piacenza stationiert. Hinzu kamen vier RECCE-Tornados, die darauf spezialisiert sind, Aufklärungsaufgaben zu erfüllen. Sie waren schon vor der Kosovo-Krise im NATO-Einsatz über Bosnien tätig: Durch ihre Flüge wurden Informationen über die Lage in Bosnien im Zusammenhang mit dem SFOR-Einsatz gesammelt und ausgewertet.

### **Doppelauftrag für die Bundeswehr während der Operationen**

In den militärischen Planungen der NATO hat die Bundeswehr damit zwei Aufgaben übernommen: Zum einen sollte sie die Luftabwehr der Serben ausschalten, zum anderen sollte sie Beiträge zur Aufklärung der Lage vor allem im Kosovo leisten.

Bereits im September 1998 flog die NATO Manöver, die die Ernsthaftigkeit ihrer Drohungen mit einem Militärschlag untermauern sollten. Damals flogen die NATO-Flugzeuge unbewaffnet über das Gebiet Jugoslawiens. Die Tatsache, daß sie unbewaffnet waren, wurde auch öffentlich angekündigt. Damals flogen aber die RECCE-Tornados der Luftwaffe - mit ihren einsatzfähigen Fotoausrüstungen - mit, um die militärische Lage am Boden besser aufklären zu helfen.

## **Die Rolle der Bundeswehr bei der Aufklärung**

Für den deutschen Beitrag zur Aufklärung waren die RECCE-Tornados allerdings nur ein Mittel. Schon in der Frühphase der Krise war die Bundeswehr auch an der Aufklärung durch die AWACS-Systeme der NATO beteiligt - einem Aufklärungsflugzeug, das schon seit Beginn der Auseinandersetzungen um das frühere Jugoslawien aus der Luft die Lage in der Region beobachtete. Der AWACS-Verband ist einer der wenigen integrierten NATO-Verbände. Dort arbeiten Soldaten aus allen NATO-Staaten - bisher jedoch noch ohne die drei neuen Mitglieder Polen, Ungarn und Tschechien - in gemischten Einsatztruppen zusammen.

Zudem hat die Bundeswehr eine Drohnenbatterie nach Mazedonien verlegt, mit deren Hilfe Luftaufnahmen vom Krisengebiet gemacht werden konnten. Die Drohnen sind kleine, wiederverwendbare Raketen, die ebenfalls mit einer Fotoausrüstung versehen sind. Sie fliegen eine vorher in einen Bordcomputer eingegebene Strecke ab und liefern sehr präzise Fotos von den überflogenen Gebieten. Mit diesem Aufklärungsmittel hat die NATO während des SFOR-Einsatzes in Bosnien so gute Erfahrungen gemacht, daß die Bundeswehr gebeten wurde, diese Drohne auch in der Kosovo-Krise einzusetzen.

Die RECCE-Tornados und die Drohne waren deutsche Aufklärungsmittel, während vor allem die Satellitenaufklärung von den USA betrieben wurde. Damit hatten die Europäer, speziell die Deutschen, ein eigenes Mittel, dessen Ergebnisse sie auch selbst auswerten konnten. Während sie bei den anderen Aufklärungsergebnissen davon abhängig waren, was die USA letztlich bereitstellten, verfügten sie hier über eigene Erkenntnisse, die sie dann im Tausch auch den Partnern zur Verfügung stellen konnten. Diese Systeme hatten somit auch einen hohen Stellenwert für die Europäer innerhalb des Bündnisses.

## **Unterstützung der OSZE-Mission vor den Operationen**

Die Drohnenbatterie war bereits zur Unterstützung der OSZE-Mission zu Beginn des Jahres eingesetzt. Bis zu deren Abzug am 19. Februar versuchte die OSZE, durch eine unbewaffnete Beobachtermission eine Eskalation der Krise im Kosovo zu verhindern. An dieser Mission waren ebenfalls Bundeswehrsoldaten beteiligt.

In Mazedonien und Albanien wurde damals eine sogenannte „Notfalltruppe“ stationiert, deren Aufgabe die Unterstützung und gegebenenfalls Rettung der OSZE-Mitarbeiter gewesen wäre. Zu dieser Notfalltruppe gehörte als Aufklärungsinstrument auch die Drohnenbatterie.

## **Bundeswehrebeteiligung in der Zeit der Drohungen gegen Belgrad**

Die NATO hatte durch eine mehrstufige Strategie versucht, die Glaubwürdigkeit ihrer Drohung mit einem Militärschlag gegen die serbischen Übergriffe auf die Kosovo-Albaner zu unterstreichen. Dazu gehörten seit September 1998 Manöver und in aller Öffentlichkeit vollzogene militärische Planungen. An diesen Schritten war die Bundeswehr immer substantiell beteiligt. Neben der bereits erwähnten Manövertätigkeit, die insgesamt militärisch wenig beeindruckend war, sollte ein beginnender Aufmarsch von Truppen in Mazedonien und Albanien deutlich machen, daß die NATO ihre angedrohten Militäraktionen auch durchzuführen bereit ist. In diesem Zusammenhang wurde ein Kontingent Bundeswehrsoldaten nach Mazedonien entsandt, das zunächst Bestandteil dieser Notfalltruppe war, später aber als Kern jener Truppe vorgesehen war, die die Aufgabe der Friedenssicherungstruppe im Kosovo übernehmen sollte.

## **Unterstützung für Mazedonien während der Operationen**

Nachdem am 24. März die Kampfhandlungen begonnen hatten, setzte ein immenser Flüchtlingsstrom nach Mazedonien und Albanien ein. Deutsche Mitglieder der OSZE-Mission, zumeist Angehörige der Bundeswehr, berichteten nach dem Ende ihrer Arbeit im

Kosovo, daß die dortigen Kommandeure der serbischen Streitkräfte bereits zum Zeitpunkt der Verhandlungen in Rambouillet und Paris die entsprechenden Einsatzbefehle hatten, die auf eine Vertreibung der Kosovo-Albaner aus dem Kosovo hinausliefen. Der jetzt einsetzende Flüchtlingsstrom wurde durch die Luftoperationen der NATO allenfalls beschleunigt, nicht jedoch ausgelöst - das war die Kernaussage dieser Offiziere, die - abgestellt an das Auswärtige Amt in Bonn und von diesem an die OSZE - in zivil vor Ort tätig waren.

Der Strom der Vertriebenen erreichte am 1. und 2. April 1999, am Karfreitag, einen ersten Höhepunkt: Tausende Kosovo-Albaner wurden über die Grenze nach Mazedonien getrieben. Die Regierung in Mazedonien konnte diesen Ansturm nicht bewältigen. Über die Fernsehbildschirme flimmerten die Bilder von katastrophalen Zuständen im mazedonischen Grenzgebiet. Es bestand die Gefahr, daß die serbische Führung ein wesentliches Ziel erreichen könnte: Die politische Lage in Mazedonien schien destabilisiert, die Öffentlichkeit in den NATO-Ländern durch die Flüchtlingsbilder verunsichert. Diese Strategie Milosevics mußte durchkreuzt werden.

In einer für die Bundeswehr beispiellosen Anstrengung wurde eine Luftbrücke buchstäblich über Nacht aufgebaut. Nach der Alarmierung in der Nacht zum Karfreitag flogen am Samstag morgen die ersten Transportflugzeuge der Bundeswehr mit Zelten, Decken und weiteren Hilfsgütern aus Bundeswehrbeständen, aber auch aus Beständen von zivilen Hilfsorganisationen in die Krisenregion. Binnen weniger Stunden konnten so die ersten Flüchtlingslager errichtet werden. Die Verantwortlichen in Skopje erfuhren die Unterstützung der westlichen Länder in dieser kritischen Phase des Konflikts.

### **Politische Begleitmaßnahmen des Verteidigungsministers**

Bundesverteidigungsminister Rudolf Scharping hat in zahlreichen Telefongesprächen mit der mazedonischen Führung diese Hilfsmaßnahmen angekündigt und so auch zur politischen Stabilisierung der recht schwierigen Lage der dortigen Regierung beigetragen. Die Regierungskoalition in Skopje stand unmittelbar vor dem Auseinanderbrechen - ein wichtiger Erfolg der Belgrader Strategie. Das konnte kurz vor der Explosion verhindert werden.

Diese Bemühungen Scharpings haben der rein militärischen Mitwirkung der Bundeswehr eine politische Dimension hinzugefügt. Da die Bundesrepublik Deutschland im ersten Halbjahr 1999 die EU-Präsidentschaft innehatte, trug sie für den politischen Absicherungsprozeß der Militäraktionen und eine spätere politische Lösung eine besondere Verantwortung. So wurde der Staatssekretär im Bonner Verteidigungsministerium, Walter Kolbow, als Beauftragter der Bundesregierung für Albanien und Mazedonien eingesetzt. Kolbow verbrachte zwischen April und Juli den wesentlichen Teil seiner Arbeitszeit mit einem kleinen, aber effektiven Arbeitsstab in Skopje und Tirana. Er sollte die Hilfsleistungen, den Aufbau und den Betrieb der Flüchtlingslager koordinieren, aber auch mit der Regierung in Mazedonien, die jede Hilfe dringend benötigte, eng zusammenarbeiten. Denn der Krieg im Nachbarland drohte, Mazedonien auf allen Gebieten zu destabilisieren: Durch Krieg und Boykott hat Mazedonien seinen wichtigsten Absatzmarkt in Jugoslawien verloren, vor allem für landwirtschaftliche Güter. Eine drastisch erhöhte Arbeitslosigkeit war die Folge. Die Vertriebenen brachten das komplizierte ethnische Gefüge in dem Land durcheinander mit der Folge, daß die fein austarierten Strukturen, deren Funktionen entsprechend der ethnischen Zusammensetzung des Volkes vergeben worden waren, nicht mehr stimmten. Andererseits war die NATO auf die Zusammenarbeit der mazedonischen Regierung angewiesen, weil sie das Land als Aufmarschgebiet für die später erforderliche Friedenstruppe brauchte.

Die NATO gab eine Art Sicherheitsgarantie für die Zeit der Stationierung der NATO-Truppen in der Region, die EU signalisierte, sie würde über eine Assoziierung des Landes nachdenken. Aber das Verhalten der mazedonischen Regierung machte diese Politik nicht

leicht. Zu oft griff sie aus innenpolitischen Gründen zu Maßnahmen, die sie nicht in die Nähe der europäischen und euro-atlantischen Strukturen bringen konnten. So lehnte die mazedonische Regierung z.B. die Anwendung der Genfer Flüchtlingskonvention für die Vertriebenen aus dem Kosovo ab, weil diese Flüchtlingskonvention nicht für den Fall einer gezielten Vertreibung einer Volksgruppe aus einem Land in ein anderes geschaffen worden sei. Kolbow beriet die Regierung in Skopje, um sie zu einer Politik zu bewegen, die eine Zusammenarbeit mit den internationalen Institutionen erleichterte. Diese Politik der Absicherung hat einen hohen sicherheitspolitischen Wert gehabt und einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet, daß die Strategie Milosevics, die Region zu destabilisieren, im Zusammenhang mit dem Kosovo-Krieg nicht greifen konnte.

### **Zwischenbilanz der Bemühungen**

In der Region war die Bundeswehr also auf vielfältige Art an den Operationen beteiligt:

- Die Luftwaffe beteiligte sich mit den ECR-Tornados an der Bekämpfung der serbischen Luftabwehr und mit den RECCE-Tornados an Aufklärungsmaßnahmen.
- Die Drohnenbatterie des Heeres leistete wichtige Beiträge zur Aufklärung der Lage im Kosovo.
- Die Luftwaffe baute buchstäblich über Nacht eine Luftbrücke für die Flüchtlingslager in Mazedonien auf.
- Die Bundeswehr unterhielt in Mazedonien ein Vorkommando für die spätere Friedenstruppe, das sich aktiv in die Organisation und das Betreiben von Flüchtlingslagern einbrachte.
- Verteidigungsstaatssekretär Kolbow stabilisierte die politische Lage in Mazedonien, so daß die gegenteiligen Bestrebungen des serbischen Diktators Milosevic dort keine Wirkung entfalten konnten.

### **Bundeswehrrmittlungen gegen Kriegsverbrecher**

Im Verlauf der weiteren Auseinandersetzung erweiterte die Bundeswehr ihre Aktivitäten weiter. Je mehr Erkenntnisse über Kriegsverbrechen in den Vertriebenenlagern anfielen, ergab sich für die Bundeswehrführung der Bedarf, diese zu sammeln und dann entsprechend auszuwerten. Es wurde im Bonner Verteidigungsministerium eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die die Berichte von Befragungsteams in den Lagern auswertete und daraus den Hergang von Massakern ermittelte. Durch gezielten Einsatz der Aufklärungsdrohne wurden viele Daten, die in den Befragungen anfielen, bestätigt oder dementiert, so weit dies durch Luftaufnahmen möglich war. Das so gesammelte Material wurde dann dem UN-Kriegsverbrechertribunal in Den Haag übergeben. Dabei galt der Grundsatz, daß mindestens zwei unabhängige Quellen nötig waren, um einen Fall als solchen zu erfassen und weiterzugeben. So entstand schon in Bonn ein erster Eindruck darüber, wer im Kosovo welche Verbrechen verübt hat.

### **Wahrnehmung dieser Aufgabenpalette durch die Öffentlichkeit**

Diese Vielfalt der Aufgaben, die die Bundeswehr übernommen hat, stellte sie vor große Herausforderungen. Die deutsche Öffentlichkeit hat die tiefe Einbindung der Bundeswehr in den Kosovo-Konflikt kaum in vollem Umfang wahrgenommen. Als nach einigen Tagen der Satz: „Die deutschen Tornados sind sicher gelandet“ nicht mehr ständig wiederholt wurde, nahmen die meisten Bundesbürger wieder die Rolle des Zuschauers, nicht mehr des engagierten Beteiligten, ein. Die gute Ausbildung der Bundeswehrsoldaten und das auch nötige Glück im Einsatz führte dazu, daß Opfer unter den deutschen Soldaten - abgesehen von

einem tragischen Unfall mit einem Toten im Zusammenhang mit der Betreuung von Flüchtlingslagern in Mazedonien - nicht gemeldet werden mußten.

Das friedliche Leben in Deutschland hat das Gefühl für den Ernst der deutschen Mitwirkung schwinden lassen. Dies ist einerseits für die Soldaten der Bundeswehr nicht ganz nachvollziehbar gewesen. Andererseits ist es auch ein Zeichen für die wachsende Erkenntnis, daß die über viele Jahrzehnte praktizierte deutsche Sonderrolle der Passivität bei internationalen Missionen endgültig vorbei ist.

### **Deutsche Diskussion um das Mandat für den Einsatz**

So wurde in Deutschland darüber diskutiert, ob dieser Einsatz völkerrechtlich legitimiert war. Die Bundesregierung hat diese völkerrechtliche Legitimation aus einigen Resolutionen des UN-Sicherheitsrates abgeleitet. Dort ist die Ermächtigung zur Gewaltanwendung nie direkt ausgedrückt gewesen. Der Versuch der Bundesregierung, in die neue NATO-Strategie, die der NATO-Gipfel Ende April in Washington verabschiedet hat, die klare Bindung solcher Einsätze an ein Mandat der UN zu binden, scheiterte vor allem am Widerspruch der USA. Allerdings hat die deutsche Seite jenen - letztlich erfolgreichen - Kompromißvorschlag eingebracht, demzufolge die Mandatsfrage in der Regel an die UN gebunden wird, aber Ausnahmen zugelassen sind. Über diese Ausnahmen entscheidet der NATO-Rat einstimmig - Deutschland müßte ihnen also zustimmen, was als ausreichende Sicherung empfunden wurde.

### **Besondere Politische Lage in Bonn durch den Regierungswechsel**

Die politische Lage in Deutschland hatte sich entscheidend gewandelt: Zwischen den Drohungen der NATO im Frühjahr 1998 und der Umsetzung dieser Drohung im März 1999 lag der Regierungswechsel in Deutschland. Die neue rotgrüne Bundesregierung in Bonn band innenpolitisch den pazifistischen Flügel der Gesellschaft in diese Politik ein. Die Regierung Schröder-Fischer (SPD/Grüne) mußte den Weg weitergehen, den die Regierung Kohl-Kinkel (CDU-CSU/FDP) beschritten hatte - schon um der Glaubwürdigkeit Deutschlands im NATO-Bündnis wegen. Dabei spielte eine Rolle, daß sehr schnell immer deutlicher wurde, welche Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen von der serbischen Seite im Kosovo begangen wurden. Durch das Bekanntwerden dieser Tatsachen wurde den pazifistisch geprägten Teilen der neuen Koalition in Bonn eine Zustimmung zu dieser Politik erleichtert: Vor allem Außenminister Fischer hat unter dem Eindruck der schrecklichen Nachrichten sehr überzeugend für diesen Kurs geworben.

### **Bonner Engagement nur bei Bemühungen um Politische Lösung**

Aber dieses Werben war nur erfolgreich, weil er deutlich machen konnte, daß die deutsche Seite die politische Lösung des Konflikts nicht aus den Augen verlor. Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft, die zusammenfiel mit der Präsidentschaft der G-8, erweiterte die Möglichkeit, diese politischen Lösungsansätze durchzusetzen. Es gehörte zum - genutzten - Gestaltungsspielraum der Doppelpräsidentschaft, diese politischen Initiativen in den entsprechenden Gremien mehrheitsfähig zu machen. Ohne diesen Einsatz für eine politische Lösung wäre die Zustimmung in den Koalitionsfraktionen des Bundestages schnell geschwunden. In beiden Regierungsfraktionen gab es eine Minderheit, die bis zum Schluß in Opposition zum Luftkrieg der NATO gegen Milosevic stand. Diese Gruppe wäre sofort größer geworden, wenn die Doppelstrategie - militärisches Agieren und politisches Bemühen - nicht glaubwürdig gewesen wäre.

## **Bundeswehr stockt Präsenz im Nachkriegskosovo auf**

Nach dem Einlenken Milosevics auf die Positionen der G-8 und dem Ende der Kampfhandlungen stockte die Bundeswehr ihre Präsenz in der Region weiter auf. Rund 12.000 Bundeswehrsoldaten waren auf dem Höhepunkt des militärischen Engagements der NATO auf dem Balkan im Einsatz: In Bosnien im Rahmen der SFOR, im Kosovo als Bestandteil der KFOR und in Mazedonien und Albanien zur humanitären Betreuung der dort immer noch befindlichen Vertriebenen.

Bei KFOR hat die Bundeswehr erstmals in der Geschichte die Rolle einer sogenannten „Lead-Nation“ übernommen, also einer Nation, die einen der Bezirke verantwortlich übernimmt. Unter deutschem Kommando werden dort auch Soldaten aus anderen Ländern, z.B. aus der Türkei und Rußland, eingesetzt. Entsprechend dem Selbstverständnis Deutschlands von seiner Rolle in der „Neuen NATO“ wollte es diese Verantwortung übernehmen.

## **Mitwirkung an der Einbindung Russlands**

Die Einbindung Rußlands in die KFOR-Mission war ein großer Streitpunkt zwischen der NATO und Moskau. Da die NATO sich nur sehr schleppend um eine Einigung mit Rußland über dessen Beteiligung bemühte, versuchte Moskau, Fakten zu schaffen, indem es ein eigenes Kontingent überraschend nach Pristina entsandte und dort - wohl durch Mithilfe der früheren serbischen Freunde - vor den NATO-Truppen eintraf. In dieser Phase reiste der Planungschef des Verteidigungsministeriums, Generalleutnant Kujat, nach Moskau und handelte ein Modell für die Beteiligung Rußlands aus. In Bonn wird betont, daß dieses Modell in einigen wesentlichen Elementen das Rückgrat der späteren Lösung für die russische Beteiligung darstellte. Auch hier hat die Bundeswehr weit über ihre militärische Aufgabe hinaus Akzente gesetzt, die sicherheitspolitisch für diesen Kontinent von großer Bedeutung werden können.

## **Auswirkungen auf die Struktur der Bundeswehr**

Allerdings stellte sich im Inneren ein immer gravierender werdendes Problem. Mit 12.000 Mann im Einsatz auf dem Balkan hat die Bundeswehr eine Herausforderung angenommen, die ihre Möglichkeiten auf diesem Gebiet eigentlich überfordert. Bis jetzt hat die Struktur der Bundeswehr nur 50.000 Soldaten für die sogenannten Krisenreaktionskräfte vorgesehen, davon 36.000 aus dem Heer. Da die Zahl der Soldaten, die im Einsatz sind, immer mit drei multipliziert werden muß, um die tatsächliche Belastung einer Armee zu beziffern - ein Kontingent ist in der Ausbildung, eines im Einsatz, eines in der Nachbereitung oder Erholung -, ist mit diesem Einsatzvolumen die Fähigkeit der Bundeswehr voll ausgeschöpft. In den Bereichen Logistik, Pioniere und medizinische Versorgung - die auch im Kosovo den größten Anteil an den Truppen haben - hat die Bundeswehr ihre Leistungsgrenzen deutlich überschritten. Die Experten aus diesen Sparten werden über Gebühr beansprucht und müssen sehr häufig in den Einsatz. In diesen Fachbereichen werden auch immer wieder Reservisten einberufen, von denen sich ausreichend viele gerne und freiwillig zu diesen Einsätzen melden.

Im Kosovo sind erstmals auch schwere Waffen wie der Kampfpanzer Leopard II im Einsatz, damit auch Kampftruppen. Darüber gab es in Deutschland eine kurze Debatte: Sind dies die richtigen Elemente für eine Truppe, die den Frieden sichern und durchsetzen soll? Eine Erfahrung aus Bosnien hat Verteidigungsminister Scharping veranlaßt, diesen Schritt zu gehen: Dort hat sich das dänische Kontingent mit Kampfpanzern schnell den nötigen Respekt verschafft. In einer kritischen Situation hat ein Leopard-Panzer der Dänen in die Luft gefeuert. Von da an hatten die Konfliktparteien den nötigen Respekt vor der dänischen SFOR-Komponente. Da der Einsatz im Kosovo in einem noch kritischeren Umfeld stattfinden sollte, war es nur folgerichtig, diesem Kontingent auch die Möglichkeit zu geben, sich entsprechend

schnell Respekt zu verschaffen - oder die Fähigkeit einzuräumen, entsprechend agieren zu können, wenn dieser Respekt verweigert wird.

Was aber bei der Planung dieser Struktur noch nicht ausreichend berücksichtigt werden konnte - Deutschland fehlte damals die nötige Erfahrung -, ist der starke Unterstützungsbedarf, der über die Krisenreaktionskräfte hinaus weite Teile der Bundeswehr, vor allem des Heeres, forderte. Dieses starke Engagement beeinträchtigte die Wahrnehmung der anderen Aufgaben der Bundeswehr, letztlich bis hinein in die Grundausbildung der Wehrdienstleistenden, für die nicht mehr die besten Ausbilder zur Verfügung standen.

Schon während des Kosovo-Einsatzes hat die Bundeswehr nachgesteuert und die Krisenreaktionskräfte um 12.000 Mann verstärkt. Verteidigungsminister Scharping deutete mit Blick auf die neue NATO-Strategie an, daß die Bundeswehr die Aufteilung in die für Kriseneinsätze vorgesehenen Krisenreaktionskräfte und die für die Landes- und Bündnisverteidigung vorgesehenen Hauptverteidigungskräfte aufgeben könnte - das neue NATO-Papier sieht diese Trennung nicht mehr vor. Insofern hätte der Kosovo-Einsatz mit seinen Erfahrungen gravierende Auswirkungen auf die weiteren Strukturüberlegungen der Bundeswehr.

Allerdings kostet auch dies zusätzliches Geld: Ein Bataillon der Krisenreaktionskräfte kostet im Unterhalt rund ein Drittel mehr als ein Bataillon der Hauptverteidigungskräfte. Angesichts der Geldknappheit der Bundeswehr, die durch die Finanzplanung der Bundeswehr für die kommenden Jahre noch verschärft wird, stellt sich hier für die Bundeswehr ein echtes Zukunftsproblem.

### **Neue Ausbildungsgänge geschaffen**

Die Einsätze in Bosnien und im Kosovo stellen für die Bundeswehr eine neue Qualität in ihrem Einsatzspektrum dar. Zuvor war sie in Kambodscha mit einem Lazarett und in Somalia mit einer logistischen Unterstützungseinheit in internationale Missionen eingebunden. Erst seit SFOR gehören alle Aufgaben internationaler Missionen zum Aufgabenspektrum der Bundeswehr. Auf diese neue Herausforderung mußten die entsprechenden Ausbildungsgänge der Bundeswehr neu strukturiert werden. Zunächst war dafür das UN-Ausbildungszentrum im bayerischen Hammelburg zuständig, das aber mit der Bosnien-Ausbildung mehr oder weniger ausgelastet war. Die Kosovo-Ausbildung wurde daher zunächst auf den Truppenübungsplatz Münster verlagert, später dann auch auf die Verbände dezentralisiert.

Weil die Bundeswehr sehr spät in die internationalen Friedensmissionen eingestiegen ist, konnte sie beim Aufbau des eigenen Ausbildungsganges viel von anderen Ländern lernen. Die Lehrgänge in Österreich, Schweden, Norwegen, den USA und anderen Ländern standen Pate, als die Ausbildungsplaner der Bundeswehr diesen Lehrgang konzipierten.

Die Bundeswehrsoldaten werden auf zwei Arten ausgebildet: Zum einen werden sie ausführlich in die Landeskunde, die Sitten und Gebräuche, aber auch die Geschichte des Einsatzgebietes eingewiesen. Dazu absolvieren alle mit Führungsaufgaben betrauten Soldaten einen Speziallehrgang am Zentrum Innere Führung in Koblenz. In der militärischen Ausbildung werden in Rollenspielen alle Szenen durchgenommen, die in der Einsatzsituation vorhersehbar entstehen können. Begleitet werden diese Ausbildungsgänge durch Psychologen, die die Soldaten auf schwierige Situationen vorbereiten können.

Der erste „heiße“ Einsatz der Bundeswehr in Prizren, jener Stadt im Kosovo, in der das deutsche Hauptquartier eingerichtet wurde, war genau vorher geprobt: Ein Fahrzeug mit um sich schießenden Menschen raste auf eine Gruppe Bundeswehrsoldaten zu, die deutschen KFOR-Soldaten mußten zurückschießen, ein Insasse des Fahrzeugs wurde getötet, ein anderer schwer verletzt. Diese erste Aufgabe war also einstudiert, und viele Soldaten, die diese

Ausbildung mitgemacht haben, beschrieben schon vor der Verlegung nach Prizren das Rollenspiel in Münster oder Hammelburg als so echt, daß sie kaum noch wahrgenommen haben, daß sie sich in einer Ausbildungssituation befanden.

Aber allen ist klar, daß es im Einsatz im Kosovo sehr viele Situationen gibt, die nicht einstudierbar sein. Da kommt es darauf an, den Soldaten zu vermitteln, daß sie selbstverantwortlich handeln müssen - in einer Form, die lageangemessen ist: Die Reaktion der Soldaten darf die Situation nicht verschärfen, muß aber die Grenzen deutlich machen, welche die KFOR noch hinzunehmen bereit ist.

Diese Art des Einsatzes ist für die Bundeswehr Neuland. Von daher ist der Kosovo-Einsatz für die deutschen Streitkräfte die erste ernste Bewährungsprobe, ob die zu Hause entwickelten Ausbildungspläne den Soldaten das nötige Rüstzeug für Friedensmissionen dieser Art bieten.

### **Einsatzspektrum im Kosovo breiter als je zuvor**

Im Kosovo warteten auf die Soldaten Aufgaben, für die sie eigentlich gar nicht ausgebildet sind. Die Versorgung mit Lebensmitteln, mit Decken, mit den notwendigsten Dingen des Lebens hat die Bundeswehr in anderen Regionen, bei humanitären Einsätzen nach Natur- oder Hungerkatastrophen schon durchgeführt. Aber die Übernahme nahezu aller zivilen Aufgaben, von der Polizei über die Verwaltung bis hin zur Krankenversorgung, war eine neue Herausforderung für die Soldaten der Bundeswehr. Da der Aufbau der zivilen Friedensmission im Kosovo länger dauerte als das Einrücken der KFOR-Soldaten, blieb ihnen nichts anderes übrig als diese Aufgaben ebenfalls wahrzunehmen. Hinzu kam die Aufarbeitung der Kriegsverbrechen: Immer wieder fanden die Soldaten die Spuren von Massakern und Übergriffen, vor allem Massengräber.

Es war eine intensive psychologische Betreuung vor Ort erforderlich. Auch diese neue Herausforderung mußte die Bundeswehr erst erlernen - wie gesagt, es ist der erste Einsatz dieser Art für die deutschen Streitkräfte.

Neu sind für die Bundeswehrsoldaten auch die Einsatzbedingungen. Erstmals wurden sie in ein Umfeld geschickt, das nicht durch einen Friedensvertrag abgesichert war, mit einem Auftrag, der sie ins Zentrum des Geschehens zwang. Die Erfahrung, streitende Gruppen, die ihre Auseinandersetzung auch mit Waffengewalt führen, zu trennen, hatte die Bundeswehr vorher noch nicht gemacht. Von daher war zum einen die Risikoabschätzung völlig neu, zum anderen auch die psychologische Vorbereitung der Truppe und ihrer Familien.

Die für den Einsatz vorgesehenen Soldaten waren sich dieser Lage vor Ort durchaus bewußt. Sie beteuerten im Vorfeld ihrer Entsendung, daß der Einsatz, den sie dort absolvieren würden, den Frieden sichern soll. Wer sie in ihrer Ausbildung beobachten konnte, spürte, daß die Soldaten in einer eigenartigen Stimmung waren: Einerseits waren sie sich des Risikos bewußt, in das sie geschickt würden, andererseits waren sie bereit, dieses Risiko zu tragen, wenn sie damit dem Frieden dienen könnten. Die Ernsthaftigkeit, die die Ausbildung prägte, war für den Beobachter durchaus eindrucksvoll.

### **Keine Grundwehrdienstleistenden im Einsatz**

Gerade vor diesem Hintergrund ist es bedeutsam, daß die Bundeswehr für Missionen dieser Art keine Soldaten einsetzt, die „nur“ ihre Wehrpflicht ableisten. In den zehn Monaten des Grundwehrdienstes ist ein Einsatz aus Zeitgründen nicht möglich. Die Bundeswehr hat bis Jahresende 1999 die Soldaten für vier Monate in solche Einsätze geschickt, ab 2000 wird die Einsatzdauer auf sechs Monate ausgebaut, um die Belastung für den einzelnen zu reduzieren - er kann dann sicher sein, innerhalb von zwei Jahren nur einmal gefordert zu werden, was vorher nicht garantiert werden konnte. Unabhängig davon hat die Bundesregierung schon vor

dem ersten Einsatz in Kambodscha entschieden, daß nur Zeit- und Berufssoldaten und solche Grundwehrdienstleistende, die sich freiwillig melden - und dann auch für einen längeren Zeitraum verpflichten müssen (bis 23 Monate) in Auslandseinsätze geschickt werden.

Dahinter steht auch die Überzeugung, daß die allgemeine Wehrpflicht nur insofern eine Berechtigung hat, daß den jungen Männern die Pflicht zur Verteidigung des eigenen Landes abverlangt wird. Auslandseinsätze dieser Art gehören nach dieser Auffassung nicht dazu. Wie angedeutet, wandelt sich die Sichtweise über die Grundaufgaben der Bundeswehr. Wenn die Trennung zwischen Krisenreaktionskräften und Hauptverteidigungskräften aufgegeben wird, ist dieses ein erstes Zeichen dafür, daß alle jetzt anstehenden Aufgaben auch von allen Soldaten wahrgenommen werden müssen - es sei denn, ihre Einsatzzeit läßt dies nicht zu.

### **Erster Test für „Erweiterten Sicherheitsbegriff“**

Mit dem Ende der Blockkonfrontation haben sich nicht nur die Aufgaben der Bundeswehr verändert. Auch der sicherheitspolitische Ansatz deutscher Politik hat sich gewandelt. Galten bisher vor allem militärische Argumente für die Begründung der Bundeswehr, so wird jetzt eher politisch argumentiert. Die theoretische Begründung für die Streitkräfte folgten dem Ansatz eines „erweiterten Sicherheitsbegriffs“, den vor allem der frühere Generalinspekteur und spätere Gründungspräsident der Bundesakademie für Sicherheitspolitik, Dieter Wellershoff, formuliert und politisch ins Bewußtsein gerückt hat. Nicht nur die reine Sicherheitsvorsorge - also die Unversehrtheit des eigenen Landes und des Bündnisgebietes - macht die Bundeswehr erforderlich, sondern sie ist letzte Option bei der Durchsetzung weiterer nationaler Interessen, die wirtschaftlicher, politischer und ökologischer Natur sein können. Auch der Kampf gegen den internationalen Terrorismus und gegen die Proliferation von Massenvernichtungswaffen können die Existenz der Streitkräfte begründen. Klaus Naumann hat als Vorsitzender des NATO-Militärausschusses die wenig erbauliche Perspektive formuliert, daß nahezu jeder Punkt in Europa bis zum Jahr 2010 durch Massenvernichtungswaffen erreicht werden kann, die außerhalb Europas stationiert sind.

Zu diesem „erweiterten Sicherheitsbegriff“ gehört auch die Durchsetzung der Menschenrechte als eher hehres Ziel und die Stabilität des europäischen Kontinents. Vor diesem Hintergrund wurden Einsätze wie der in Bosnien und im Kosovo zu einer Handlungsoption deutscher Sicherheitspolitik.

Der Einsatz der Bundeswehr im Kosovo in all seinen geschilderten Ausprägungen ist die erste Umsetzung dieser Theorie in die Praxis. Auch dieser Umstand hat die Beteiligung der Bundeswehr an allen Teilen des Kosovo-Einsatzes unter den in Deutschland gegebenen politischen Verhältnissen ermöglicht. Vielleicht gilt sogar: Dieser Einsatz wäre von einer christlich-liberalen Regierung wesentlich schwieriger in der deutschen Öffentlichkeit vermittelbar gewesen als unter den gegebenen rot-grünen Umständen. Auch der jetzt nötige Umbau der Bundeswehr zu einer Streitkraft, die noch mehr als in der Vergangenheit Einsätze dieser Art zu ihrer Hauptaufgabe macht, ist in dieser politischen Konstellation leichter als unter der anderen. Zwar war der jetzige deutsche Verteidigungsminister Rudolf Scharping einer der Politiker, die auch aus der Opposition heraus als damaliger Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion diesen Kurs mit unterstützt hat, aber die neue Linie wurde damals von den Bündnisgrünen noch heftig bekämpft. Erst unter dem Eindruck der Regierungsverantwortung, der Notwendigkeiten einer Politik im Bündnis - also ohne deutschen Sonderweg - und erst recht unter dem Eindruck der Nachrichten und Bilder aus dem Kosovo wandelte sich die Position der Grünen so nachhaltig, daß sogar ein Parteitag der kleineren Regierungspartei diesen Kurs bestätigte.

### **Abschluss einer Entwicklung seit 1989**

Mit der Beteiligung an den Operationen im Zusammenhang mit der Kosovo-Krise hat die Bundeswehr diesen Wandel für jeden sichtbar vollzogen. Von daher markiert er in der Geschichte dieser Streitkraft das Ende einer Entwicklung, die 1989 begann. In der Theorie hat die Bundeswehr nun alle denkbaren Aufgaben in der neuen Weltordnung angenommen. In der Praxis fehlen ihr aber noch die Mittel, diese Aufgaben dauerhaft wahrnehmen zu können, wenn es zu umfangreicheren Operationen oder einer größeren Anzahl von Missionen, an denen das deutsche oder das NATO-Interesse eine Beteiligung erforderlich macht, kommen sollte. Die erste Bewährungsprobe hat die Bundeswehr bestanden, aber noch mit einer Streitkräftestruktur, die diesen Anforderungen nicht entspricht.

Rolf Clement  
Leiter der Abteilung Hintergrund beim  
Deutschlandfunk in Köln.